



Geschäftsführung Rechnungsprüfungsausschuss

Frau Duggan

Telefon: (0221) 221-22928

Fax: (0221) 221-25501

E-Mail: simone.duggan@stadt-koeln.de

Datum: 24.04.2018

Niederschrift

über die **Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses** in der Wahlperiode 2014/2020 am Donnerstag, dem 12.04.2018, 17:05 Uhr bis 19:20 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Jörg Detjen	DIE LINKE	Vorsitzender
Frau Margret Dresler-Graf	CDU	
Frau Monika Möller	SPD	
Frau Polina Frebel	SPD	
Herr Sven Kaske	SPD	
Frau Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes	SPD	Vertreterin für Frau Oedingen
Herr Martin Erkelenz	CDU	
Herr Dr. Walter Gutzeit	CDU	Vertreter für Frau Henk-Hollstein
Herr Stephan Pohl	CDU	
Frau Luisa Schwab	Grüne	
Herr Hans Schwanitz	GRÜNE	
Herr Dr. Ralf Unna	GRÜNE	
Herr Volker Görzel	FDP	

Rechnungsprüfungsamt

Herr Hans-Jochen Hemsing
Herr Ralf Jülich
Herr Gustav Herrmann
Herr Klaus Heller
Herr Christian Szymanski
sowie verschiedene Prüferinnen und Prüfer

Verwaltung

Frau Stadtkämmerin Gabriele C. Klug II
Frau Beigeordnete Susanne Laugwitz-Aulbach VII
Herr Beigeordneter Dr. Harald Rau V

Herr Franz Jürgen Anton	403
Herr Christopher Braun	46-Sanierung Bühnen Köln
Frau Barbara Foerster	41
Herr Josef-Rainer Frantzen	21
Herr Klaus Friedel	200
Herr Maximilian Haase	46-Sanierung Bühnen Köln
Herr Manfred Hackl	42-1
Herr Heribert Krichel	660
Herr Klaus Kröhne	46
Herr Josef Ludwig	56
Sarah-Lena Mielke	46
Frau Bogumila Olszewski	200-1
Frau Beate Parent	212
Herr Richard Reischl	II
Herr Dirk Schumacher	502
Herr Bernd Streitberger	46-Sanierung Bühnen Köln
Herr Reiner Ströbelt	236
Herr Michael Troost	VII-4
Herr Patrick Wasserbauer	46

Presse

2 Vertreter

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Erika Oedingen	SPD
Frau Anna-Maria Henk-Hollstein	CDU

Beratende Mitglieder

Herr Sven Tritschler	AfD
----------------------	-----

Vor Eröffnung der Sitzung begrüßt Herr Detjen alle Anwesenden. Es ergeben sich folgende Zusetzungen zur Tagesordnung:

- 2.1 Sachstandsbericht Besteuerung des Spielvergnügens an Geldspielgeräten
Anfrage von Frau Möller
Rechnungsprüfungsausschuss 22.02.2018, TOP 8.2
1044/2018
Tischvorlage

- 10.2 Einführung Datenverarbeitung / IT-Unterstützung im Marktwesen
Anfrage von Frau Möller
0959/2018

- 13.4 Abberufung der stellvertretenden Leiterin des Rechnungsprüfungsamtes gemäß § 104 Abs. 2 Gemeindeordnung (GO) 0886/2018
- 13.5 Bestellung des Stellvertretenden Leiters des Rechnungsprüfungsamtes zum Prüfer des Rechnungsprüfungsamtes gemäß § 104 Abs. 2 Gemeindeordnung (GO) bzw. § 4 Abs. 1 Rechnungsprüfungsordnung 0821/2018

Herr Detjen teilt mit, dass TOP 13.2 (Prüfung der Verfahrensabläufe im Bereich der Archäologischen Bodendenkmalpflege) zurückgestellt wird, da Herr Dr. Trier nicht an der Sitzung teilnehmen kann. Auch der TOP 14.4 (Sachstandsbericht von 42 – Amt für Weiterbildung/Volkshochschule zur Weiterentwicklung eines effizienten Raummanagements) muss zurückgestellt werden, da Frau Dr. Klein aufgrund des parallel stattfindenden Sportausschusses nicht anwesend ist.

Der Rechnungsprüfungsausschuss ist mit den Zu- und Absetzungen zur Tagesordnung einverstanden.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Gleichstellungsrelevante Themen**
- 2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**
 - 2.1 Sachstandsbericht Besteuerung des Spielvergnügens an Geldspielgeräten
Anfrage von Frau Möller
Rechnungsprüfungsausschuss 22.02.2018, TOP 8.2
1044/2018
Tischvorlage
- 3 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 5 Beschlussvorlagen**
- 6 Mitteilungen**
 - 6.1 Personalrisikomanagement
Rechnungsprüfungsausschuss 22.02.2018, TOP 6.4
0690/2018
 - 6.2 2. Erfahrungsbericht zur Einführung der Festbetragsfinanzierung in der Projektförderung des Kulturamtes, - 41 -
Rechnungsprüfungsausschuss 07.02.2017, TOP 14.5
0323/2018
 - 6.3 Beschaffung, Wartung und Reparatur von Fahrzeugen, Maschinen und Geräten - Festlegung einer zentralen Zuständigkeit
Rechnungsprüfungsausschuss 07.02.2017, TOP 14.6
0314/2018
- 7 Beratungsergebnisse der Fachausschüsse**
- 8 Anfragen**
 - 8.1 Unterbringung von Flüchtlingen

9 Berichte zur Kostenentwicklung der Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz

9.1 Bericht über die Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz
Stand Januar 2018
0540/2018

Bericht über die Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz
Stand Februar 2018
0951/2018

II. Nichtöffentlicher Teil

10 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

10.1 Prüfbericht Bewirtschaftung der VOL-Rahmenverträge beim Amt für Straßen und Verkehrstechnik
Rechnungsprüfungsausschuss 06.07.2017, TOP 10.2
0595/2018

10.2 Einführung Datenverarbeitung / IT-Unterstützung im Marktwesen
Anfrage von Frau Möller
Rechnungsprüfungsausschuss 22.02.2017, TOP 17.2
0959/2018

11 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

12 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

13 Beschlussvorlagen

13.1 Prüfbericht Einsatz von Zeitarbeitspersonal bei 46 - Bühnen der Stadt Köln
0796/2018

13.2 Prüfung der Verfahrensabläufe im Bereich der Archäologischen Bodendenkmalpflege
2098/2017
-zurückgestellt-

13.3 Prüfbericht Ordnungsgemäße Realisierung vorrangiger Rentenansprüche bei 50 - Amt für Soziales und Senioren
0882/2018

13.4 Abberufung der stellvertretenden Leiterin des Rechnungsprüfungsamtes gemäß § 104 Abs. 2 Gemeindeordnung (GO)
0886/2018

- 13.5 Bestellung des Stellvertretenden Leiters des Rechnungsprüfungsamtes zum Prüfer des Rechnungsprüfungsamtes gemäß § 104 Abs. 2 Gemeindeordnung (GO) bzw. § 4 Abs. 1 Rechnungsprüfungsordnung 0821/2018

14 Sachstandsberichte zu Prüfungen

- 14.1 Sachstand zu Prüffeststellungen "Förderung kultureller Projekte bei 41 – Kulturamt"
Rechnungsprüfungsausschuss 07.02.2017, TOP 14.5
0294/2018
- 14.2 Prüfbericht - Planung und Projektsteuerung bei 66 - Amt für Straßen und Verkehrstechnik vom 19.06.2015
hier: Sachstandsbericht
Rechnungsprüfungsausschuss 07.02.2017, TOP 14.4
0720/2018
- 14.3 Fortgeschriebener Sachstand zum Prüfbericht bei 403 - Rheinische Musikschule
Rechnungsprüfungsausschuss 26.09.2017, TOP 13.3
0703/2018
- 14.4 Sachstandsbericht von 42 – Amt für Weiterbildung/Volkshochschule zur Weiterentwicklung eines effizienten Raummanagements
Rechnungsprüfungsausschuss 26.09.2017, TOP 13.2
0806/2018
-zurückgestellt-
- 14.5 Mögliche Erstattungsansprüche der Stadt Köln wegen erfolgter Fehlbuchungen im Jobcenter Köln
Rechnungsprüfungsausschuss 22.02.2018, TOP 14.3
0791/2018

15 Mitteilungen

- 15.1 Ergebnis der Schwerpunktprüfung: Beauftragung und Nachtragsmanagement - Aufgabenverteilung und Aufgabenwahrnehmung bei den Sozialbetrieben Köln gGmbH (-SBK-)
0820/2018
- 15.2 Eingeschränkte Bestätigungsvermerke für die Jahresabschlüsse 2011 bis 2014
Rechnungsprüfungsausschuss 23.11.2017, TOP 15.2
0767/2018

16 Beratungsergebnisse der Fachausschüsse

16.1 Prüfbericht Technische Prüfung von Trainingsbeleuchtungsanlagen bei 52 - Sportamt
Rechnungsprüfungsausschuss 23.11.2017, TOP 13.3
Sportausschuss 25.01.2018, TOP 9.1
0789/2018

16.2 Prüfbericht Prüfung von VOB Vergaben auf Grundlage der Vergaberichtlinien der Kliniken der Stadt Köln gGmbH und den geltenden Rechtsvorschriften
Rechnungsprüfungsausschuss 07.02.2017, TOP 13.1
Gesundheitsausschuss 14.03.2017, TOP 11.1
0914/2018

17 Anfragen

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Themen

Es liegen keine gleichstellungsrelevanten Themen vor.

2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

2.1 Sachstandsbericht Besteuerung des Spielvergnügens an Geldspielgeräten

Anfrage von Frau Möller

Rechnungsprüfungsausschuss 22.02.2018, TOP 8.2
1044/2018

Frau Möller möchte über die Anzahl sowie das Finanzvolumen der rückständigen Veranlagungsfälle informiert werden. Des Weiteren merkt sie an, dass zur Personalgewinnung eine Verpflichtung von rund zwei Jahren beim Amt zu verbleiben, in ihren Augen nicht der richtige Weg sei, Personal langfristig zu binden. Auch möchte sie erfahren, ob weiterhin die Verjährung der Steuerfestsetzung erfolgreich verhindert werden könne. Sie bittet um einen Verweis der Vorlage in den Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales sowie in den Finanzausschuss.

Frau Klug erläutert, dass die in diesem Bereich bestehenden Rückstandsprobleme auf Personalvakanz und Personalfluktuationen zurückzuführen seien. Aus diesem Grund würden momentan gemeinsam mit Dezernat I und dem Amt für Personal- und Verwaltungsmanagement Maßnahmen zur Gegensteuerung entwickelt. Ein großes Problem stelle die zu niedrige Eingruppierung in diesem Bereich dar.

Herr Frantzen erklärt, dass trotz der desolaten Stellenbesetzung bisher aufgrund des eingeführten Risikomanagements sichergestellt werden konnte, dass eine Festsetzungsverjährung hinsichtlich der Steueransprüche nicht eingetreten sei. Um eine Größenordnung der drohenden jährlichen Verluste nennen zu können, zieht er das Jahr 2014 heran. Hier wurden nahezu vollständig alle Fälle veranlagt und insgesamt 17,3 Millionen Euro zum Soll gestellt.

Herr Detjen weist auf den in diesem Gremium gefassten Beschluss zur Steuererhöhung hin und möchte wissen, wieso diese bisher zurückgestellt wurde. Natürlich sei es wichtig, die angespannte Personalsituation zu beheben, da ansonsten für Bürgerinnen und Bürger der Anschein entstehen könnte, die Stadt komme ihren Aufgaben nicht ausreichend nach. Des Weiteren fordert er das Amt für Personal- und Verwaltungsmanagement auf, die bestehenden Eingruppierungsvorgaben zu überdenken, Stellen adäquat einzurichten sowie Ausbildung und Qualifikationen zukünftig in den Personalgewinnungsprozess einzuplanen.

Herr Pohl ergänzt, dass eventuell eine Personalumschichtung aus gut besetzten Bereichen, wie zum Beispiel der Hundesteuer, angedacht werden müsse. Außerdem regt er an, die Zählstreifen direkt mit der jährlichen Steuererklärung anzufordern.

Frau Klug erläutert zunächst das stadtweite Problem, dass viele Stellen nicht arbeitsmarktadäquat eingruppiert seien. An Lösungen hierzu werde durch Dezernat I gearbeitet. Aus der letzten Bewerberrunde konnten beispielsweise von 103 Personen nur 13 Bewerbern eine Zusage erteilt werden. Die geringe Anzahl begründet sich nach

ihrer Wahrnehmung in der Dauer der Verfahren, aber vor allem in der Qualität der Bewerberinnen und Bewerber aufgrund der anzubietenden Eingruppierung. Auf Ebene des Stadtvorstandes werde dieses Problem aber derzeit sehr ernst genommen.

Herr Frantzen erläutert, dass die Steuererhöhung zurückgestellt wurde, da die Erfahrung in anderen Kommunen gemacht wurde, dass die Erhöhung auf erhebliche Gegenwehr bei den Betreibern stoße. Durch die rechtlichen Einwendungen würde jedoch wiederum das Veranlagungsgeschäft erschwert, so dass Einnahmeverluste drohten. Es müsse also die Priorität auf die Rückstandsbearbeitung gelegt werden. Zudem gibt er den Ausblick, dass insgesamt drei neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zeitnah ihren Dienst antreten werden. Auch Ausschreibungen würden mittlerweile parallel intern und extern erfolgen. Eine Umschichtung von Personal sei nicht möglich, da hierdurch in anderen Bereichen Löcher gerissen würden. Das Anfordern von Zählwerksausdrucken würde nur dann Sinn machen, wenn diese auch geprüft werden könnten. Dies sei momentan aber nicht absehbar. Der Aufwand, um die originalen Ausdrücke zu scannen und zu archivieren, sei derzeit zu hoch. Dennoch werde, sobald die Personalsituation sich etwas entspannt habe, eine Prüfung der Ausdrücke angestrebt.

Frau Möller möchte zur Anhebung des Steuersatzes auf den Glücksspielstaatsvertrag und dem hierin angesagten Kampf gegen die Glücksspielsucht hinweisen. Eine Steuererhöhung unterstütze die Zielsetzung nach einer Reduzierung der Spielbetriebe. Die Begründungen von Herrn Frantzen könne sie nachvollziehen. Dennoch möchte sie wissen, ob und wann bei besserer personeller Ausstattung und nach Aufarbeitung der Rückstände, mit der beschlossenen Steuererhöhung gerechnet werden könne.

Herr Hemsing bittet nochmals nachdrücklich, über eine zeitnahe Steuererhöhung nachzudenken. Natürlich sei zu Beginn der Erhöhung die zu erwartende Mehrarbeit ein belastender Aspekt, dem gegenüber aber die positive erhöhte Einnahmeerwartung stünde. Es könne auch darüber nachgedacht werden, den anfänglichen juristischen Mehraufwand durch externe Rechtsberatung aufzufangen.

Herr Detjen erinnert nachdrücklich an die Gründe für die seinerzeitige Beschlussfassung. Dem Gremium sei daran gelegen, über die weitere Vorgehensweise sowohl zeitlich wie auch strukturell informiert zu werden.

Frau Klug erwidert dazu, dass der Beschluss zurückgestellt werden musste, da eine Erhöhung derzeit und in naher Zukunft nicht angemessen administrierbar sei. Sie stehe jedoch hinter dem getroffenen Beschluss und werde diesen alsbald möglich auch umsetzen lassen. Momentan müsse aber der laufende Betrieb durch Steuerungsmaßnahmen stabilisiert werden.

Herr Frantzen erläutert, dass der aktuelle Steuersatz pro Quartal 13,08% vom Einspielergebnis beträgt

Herr Detjen stellt fest, dass im Vergleich zu anderen Kommunen hinsichtlich des Steuersatzes durchaus viel „Luft nach oben“ bestünde.

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Beantwortung der Anfrage zur Kenntnis.

3 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Es liegen keine Anträge vor.

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Es liegen keine Anfragen vor.

5 Beschlussvorlagen

Es liegen keine Beschlussvorlagen vor.

6 Mitteilungen

6.1 Personalrisikomanagement

**Rechnungsprüfungsausschuss 22.02.2018, TOP 6.4
0690/2018**

Herr Detjen regt an, die in der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 18.09.2018 erwartete neuerliche Mitteilung eingehender zu diskutieren und zu überprüfen. Für ihn sei von Bedeutung, ob Themen, wie beispielsweise Ausbildung und Höhergruppierung, detailliert Eingang in die Vorlage finden.

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

6.2 2. Erfahrungsbericht zur Einführung der Festbetragsfinanzierung in der Projektförderung des Kulturamtes, - 41 -

**Rechnungsprüfungsausschuss 07.02.2017, TOP 14.5
0323/2018**

Herr Detjen bittet, dass an die Vertragspartner kommuniziert werde, dass Belege für eine im Einzelfall notwendige detaillierte Verwendungsnachweisprüfung auch im Rahmen einer Festbetragsfinanzierung angefordert werden können. Entsprechende Aufbewahrungsfristen seien zu regeln und zu beachten.

Frau Laugwitz-Aulbach erläutert, dass eine entsprechende Auflage in den Bewilligungsbescheiden enthalten sei.

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

6.3 Beschaffung, Wartung und Reparatur von Fahrzeugen, Maschinen und Geräten - Festlegung einer zentralen Zuständigkeit

**Rechnungsprüfungsausschuss 07.02.2017, TOP 14.6
0314/2018**

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

7 Beratungsergebnisse der Fachausschüsse

Es liegen keine Beratungsergebnisse vor.

8 Anfragen

8.1 Unterbringung von Flüchtlingen

Anfrage von Frau Dresler-Graf und Herrn Detjen

Herr Detjen erläutert, dass der Presse zu entnehmen gewesen sei, dass die Stadt Köln im Oktober 2017 mit der Hotelbesitzerin Frau Horitzky einen 84 monatigen Mietvertrag über das Hotel „Zum Bahnhof“ in Dellbrück geschlossen habe. Er stellt fest, dass dem Rechnungsprüfungsausschuss eine sozialpolitische Beurteilung nicht zustehe, wohl aber die Fragen in puncto Vergabeverfahren und Korruption zu klären und beurteilen seien. Aus diesem Grund habe er folgende Fragen:

1. Trifft es zu, dass der Vertrag über 84 Monate geschlossen wurde?
2. Zu welchem Zeitpunkt und durch welche Beteiligten wurden die ersten Gespräche zur Anmietung des Hotels geführt?
3. Wie kommt es, dass das Hotel bereits im 15. Flüchtlingsbericht im Juni 2017 aufgelistet wurde.
4. Ist die Behauptung in der Presse zutreffend, dass der Vertrag nicht kündbar sei?
5. Warum wurde das Vergaberecht nicht angewandt, obwohl das Finanzvolumen des Vertrages. ca. 2.6 Mio. beinhalten soll?
6. Welche schriftlichen Aufzeichnungen liegen in der Angelegenheit vor?
7. Trifft die Behauptung in den Medien zu, dass es kein weiteres Hotel mit solch einer langen Laufzeit gibt?
8. Wie ist dieser Vertragsabschluss zu erklären, wenn bereits Ende letzten Jahres, im Rahmen eines Runden-Tischgespräches, die Bedeutung der zweckmäßigen und sinnvollen Unterbringung in Hotels hervorgehoben wurde, gleichzeitig aber auch betont worden sei, dass die Verwaltung beabsichtige, die Unterbringung von Schutzsuchenden in Hotels sukzessive aufzugeben?
9. Das Hotel soll voraussichtlich von 31 auf 43 Plätze erweitert werden. Ist bei einer derartigen Entscheidung beabsichtigt, das Vergaberecht ordnungsgemäß anzuwenden?

Frau Dresler-Graf schließt sich den Ausführungen und Fragen von Herrn Detjen an und möchte seine erste Frage dahingehend ergänzt wissen, dass nicht nur der Zeitpunkt der ersten Gespräche interessant sei, sondern auch, wer (Frau Horitzky oder Frau Schwan) die Verhandlungsgespräche mit der Verwaltung geführt habe.

Herr Erkelenz möchte wissen, welche Serviceleistungen (wie z.B. Sicherheitsdienst, Verpflegung etc.) in den Tagessätzen inkludiert seien.

Auch Herr Görzel interessiert, welche Serviceleistungen durch das Hotel geleistet werden, da hierzu kontroverse Äußerungen von Verwaltung und Presse im Raume stünden. Außerdem möchte er darüber informiert werden, ob anderen Hoteliers, denen eine Zusage durch die Verwaltung zur Unterbringung von Flüchtlingen signalisiert wurde, diese aufgrund des Abschlusses des Mietvertrages mit dem Hotel „Zum Bahnhof“, verwehrt wurde.

Frau Dresler-Graf fragt, weshalb seit ca. 3 Tagen ein offensichtlich neues Bauschild mit dem Datum 25.04.2017 an dem Hotel angebracht worden sei. Des Weiteren möchte Sie informiert werden, ob sie dem Gerücht Glauben schenken kann, dass eine

Baugenehmigung zum Abriss des Garagenhofes und zum Neubau eines Wohnhauses hinter dem Hotel erteilt wurde.

Herr Ludwig sind diese Gerüchte ebenfalls bekannt. Diese seien zur Klärung der Bauaufsicht zugeleitet worden; allerdings lägen hierzu noch keine Informationen vor.

Herr Schwantz weist auf die uneinheitliche Berichterstattung in der Presse hinsichtlich der Kostenübernahmeverpflichtung durch die Stadt bei Leerständen hin. Er möchte wissen, welche Vertragsregelungen hierzu abgeschlossen wurden und ob die für das Hotel „Zum Bahnhof“ getroffene Regelung vertragsüblich sei.

Herr Dr. Rau drückt sein vollstes Verständnis über das Interesse an diesem Thema aus. Er möchte aus verhandlungstaktischen Gründen jedoch nicht über Vertragsinhalte sprechen, da dies die Position der Stadt Köln bei zukünftigen Vertragsverhandlungen schwächen würde. Auch eine Ausführung über vertragliche Inhalte und die Beantwortung der Fragen im nicht öffentlichen Teil der Sitzung hält er für problematisch, da in jedem Fall die Vertraulichkeit gewahrt werden müsse. Zur preislichen Ausgestaltung der Verträge weist er darauf hin, dass die Hoteliers in der Zeit der Flüchtlingsunterbringung ihr konventionelles Angebot nicht mehr anbieten könnten. Dies schlage sich natürlich in den ausgehandelten Preisen kostensteigernd nieder. Er möchte zur Auswahl des Hotels erläutern, dass sich eine Anmietung insbesondere aufgrund der guten ÖPNV-Anbindung sowie der großen familienfreundlichen Freiflächen angeboten habe. Zum Zeitpunkt der Vertragsvereinbarung hätten sich noch ca. 2000 Personen in Notunterkünften, wie z.B. Turnhallen, befunden, für die kein konventioneller Wohnraum bereitgestellt werden konnte. Bezüglich der Serviceleistung im Hotel „Zum Bahnhof“ führt er aus, dass Leistungen wie Zimmerreinigung, Bettwäsche und Bereitstellung von Mobiliar sowie Nebenkosten wie z.B. Energiekosten in den Tagessätzen abgegolten seien. Verpflegungskosten seien hierin aber nicht enthalten. Er bittet auch bei der Bewertung der Höhe der Tagessätze zu bedenken, dass es sich hier um eine Unterbringung mit Hotelcharakter handeln würde und dies nicht mit einem einfachen Mietverhältnis zu vergleichen sei. Er gibt den Ausblick, dass am 13.04.2018 ein Bericht zur Aufklärung durch Frau Oberbürgermeisterin Reker, vorgelegt und veröffentlicht werde. Der Bericht werde derzeit durch Dritte erstellt und in diesem würden wahrscheinlich auch ein wesentlicher Teil der heute gestellten Fragen beantwortet. Er möchte diesem Bericht nicht vorgreifen und bittet die Ausschussmitglieder sich bis zum morgigen Tag zu gedulden.

Herr Detjen ist verwundert und möchte erfahren durch wen der Bericht erstellt worden sei.

Herr Dr. Rau erläutert, dass er die Verwunderung nicht teile und es für vernünftig und richtig halte, dass eine übergeordnete Institution oder Person diesen Sachverhalt genau prüfe. Der Bericht wurde durch die Oberbürgermeisterin an das Büro der Oberbürgermeisterin in Auftrag gegeben.

Herr Detjen stellt fest, dass es sich damit nicht um eine unabhängige übergeordnete Dritte Person handele und nimmt die Erklärung zur Kenntnis.

Herr Görzel betont, dass das Interesse an der Aufklärung nicht nur in der Presse begründet sei, sondern er als Mitglied des Rechnungsprüfungsausschusses auf sein Recht auf Aufklärung und Beantwortung der Fragen bestehe.

Auch Herr Schwantz fordert eine vollständige Aufklärung des Sachverhaltes und kündigt an, dass er dieses Thema bis zu einer transparenten Sachdarlegung nicht ruhen lassen werde. Jedoch hat er auch Verständnis für die Ausführungen von Herrn Dr. Rau und wird den kommenden Bericht abwarten.

Frau Möller erbittet im Namen ihrer Fraktion, die bisher gestellten Fragen im nicht öffentlichen Teil dieser Sitzung zu beantworten.

Herr Ludwig vermag dieser Bitte von Frau Möller nicht zu folgen und begründet dies mit der herzustellenden abgestimmten Verwaltungsmeinung, welche im morgigen Bericht dargestellt werden würde.

Herr Görzel wertet dies als Missachtung des Gremiums.

Herr Detjen bemerkt, dass anscheinend die richtigen Fragen gestellt wurden. Er schlägt vor, dass Herr Dr. Rau die gestellten Fragen unabhängig zum Bericht im Nachgang zur Sitzung beantworten wird. Diese könnten der Niederschrift als Anlage beigefügt werden.

Herr Hemsing verdeutlicht, dass es der Frau Oberbürgermeisterin Reker zugestanden werden muss, mit der dargestellten Vorgehensweise eine mit ihr abgestimmte Verwaltungsmeinung herzustellen. Die Zeitabfolge angesichts des heute stattfindenden Rechnungsprüfungsausschusses war misslich, müsse aber hingenommen werden. Er bitte für die Kolleginnen und Kollegen des Dezernates V um Verständnis, dass diese zum jetzigen Zeitpunkt keine weiteren Aussagen treffen könnten.

Herr Görzel möchte erfahren, ob für den morgigen Tag eine Pressekonferenz geplant sei.

Herr Dr. Rau antwortet, dass das Verfahren der Bekanntmachung noch nicht feststehe, da der Bericht auch einen nicht öffentlichen Teil beinhalte.

Zusammenfassung der gestellten Fragen:

1. Trifft es zu, dass der Vertrag über 84 Monate geschlossen wurde?
2. Zu welchem Zeitpunkt und durch welche Beteiligten wurden die ersten Gespräche zur Anmietung des Hotels geführt?
3. Wie kommt es, dass das Hotel bereits im 15. Flüchtlingsbericht im Juni 2017 aufgelistet wurde.
4. Ist die Behauptung in der Presse zutreffend, dass der Vertrag nicht kündbar sei?
5. Warum wurde das Vergaberecht nicht angewandt, obwohl das Finanzvolumen des Vertrages. ca. 2.6 Mio. beinhalten soll?
6. Welche schriftlichen Aufzeichnungen liegen in der Angelegenheit vor?
7. Trifft die Behauptung in den Medien zu, dass es kein weiteres Hotel mit solch einer langen Laufzeit gibt?
8. Wie ist dieser Vertragsabschluss zu erklären, wenn bereits Ende letzten Jahres, im Rahmen eines Runden-Tischgespräches, die Bedeutung der zweckmäßigen und sinnvollen Unterbringung in Hotels hervorgehoben wurde, gleichzeitig aber auch betont worden sei, dass die Verwaltung beabsichtige, die Unterbringung von Schutzsuchenden in Hotels sukzessive aufzugeben?
9. Das Hotel soll voraussichtlich von 31 auf 43 Plätze erweitert werden. Ist bei einer derartigen Entscheidung beabsichtigt, das Vergaberecht ordnungsgemäß anzuwenden?
10. Welche Serviceleistungen sind in den Tagessätzen inkludiert?
11. Wurde anderen Hoteliers, denen schon eine Zusage durch die Verwaltung zur Unterbringung von Flüchtlingen signalisiert wurde, aufgrund des Abschluss des Mietvertrages mit dem Hotel „Zum Bahnhof“, ein Vertrag verwehrt?

12. Weshalb ist seit ca. 3 Tagen ein offensichtlich neues Bauschild mit dem Datum 25.04.2017 an dem Hotel angebracht worden?
13. Wurde eine Baugenehmigung zum Abriss des Garagenhofes und zum Neubau eines Wohnhauses hinter dem Hotel erteilt?
14. Welche Kostenausfallregelungen wurden im Falle leerstehende Räume während der Flüchtlingsunterbringung vereinbart?
15. Ist die für das „Hotel zum Bahnhof“ getroffene Leerstandsregelung vertragsüblich?

9 Berichte zur Kostenentwicklung der Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz

9.1 Bericht über die Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz Stand Januar 2018 0540/2018

Bericht über die Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz Stand Februar 2018 0951/2018

Herr Streitberger stellt in einer Präsentation den aktuellen Märzbericht vor. Er berichtet unter anderem, dass die Firmengespräche zu 69% abgeschlossen seien, circa 20% in Bearbeitung stünden und noch 10% ausstehen würden. Die komplette Bühnentechnik werde zum Ende des Jahres fertiggestellt sein. Momentan befinde sich das Projekt in der erweiterten Entwurfsplanung. Die laufenden monatlichen Kosten von 2 – 3 Millionen Euro für Bau, Planung und Firmengespräche seien weiterhin stabil. Es wurde eine Risikoerhöhung um 7% vorgenommen, da aufgrund der abgeschlossenen Firmengespräche Kündigungen für wahrscheinlich drei weitere Firmen ausgesprochen werden müssen. Bisher müssten bereits drei Gewerke neu ausgeschrieben werden. Dabei handelt es sich um die Gewerke Sprinkleranlage, Kälte und Starkstrom. Die ausstehenden Kündigungen würden bis zum 30.06.2018 ausgesprochen, um eine zeitgleiche Ausschreibung aller nicht vertraglich gebundenen Gewerke zu ermöglichen.

Darüber hinaus stellt er kurz die konzeptionell entwickelten funktionserhaltenden Maßnahmen für die bühnentechnischen Anlagen vor. Demnach werde nach Fertigstellung der beiden großen Bühnen die Bühnentechnik bis zum Abschluss der Sanierung in 2022 getestet werden können. Im Spielbetrieb werde damit eine ausgereifte Technik zur Verfügung stehen mit deren Umgang die zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zudem bereits vertraut seien.

Im Ausblick zeigt er auf, dass die Zustandserfassungen, die Firmengespräche sowie die erweiterte Entwurfsplanung noch nicht abgeschlossen seien. Die Zeit- und Kostenpläne und das Risiko- und Gegenforderungsmanagement seien fortzuschreiben. Auch die Bühnentechnik müsse noch fertiggestellt und sodann betrieben werden. Es werde beabsichtigt, wertvolle Aggregate zu erhalten und zu konservieren. Abschließend seien noch Ausschreibungen mit Markterkundungen vorzubereiten.

Herr Detjen bedankt sich für die ausführliche Präsentation und stellt fest, dass in puncto Firmengespräche noch viel zu tun sei.

Auch Herr Gutzeit stellt sich die Frage, wann die Firmengespräche komplett abgeschlossen sein werden.

Hierzu führt Herr Streitberger aus, dass sich drei offene Firmengespräche als besonders arbeitsintensiv herausgestellt hätten. Bei einer Firma müssten beispielweise 12.000 Belege geprüft werden. Im monatlichen Zeitvergleich würden jedoch kleine Fortschritte erzielt. Nichtsdestotrotz werden die Gespräche bis zum 30.06.2018 abgeschlossen, um neue Ausschreibungen zeitgerecht zu ermöglichen. Er berichtet, dass mit den ersten Firmengesprächen im März 2016 begonnen wurde. Man gehe hierbei strukturiert vor und priorisiere die Gespräche nach Wichtigkeit und Aufwand. Dennoch komme es vor, dass mit einzelnen Firmen bis zu sieben Gespräche geführt werden müssten.

Herr Detjen verweist auf eine von ihm vor kurzem besuchte interessante Ausstellung in Frankfurt. Dort habe er erkennen können, dass sich bei allen dort vertretenen kommunalen Projekten die Planungsphase deutlich länger als die Bauphase darstelle. Dieses klassische Vorgehen stehe im krassen Gegensatz zur Sanierung der Bühnen Köln.

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Mitteilungen zur Kenntnis.

gez. J ö r g D e t j e n
Ausschussvorsitzender

gez. Simone Duggan
Schriftführerin